

Landes wurde, setzte die grundlegenden Thesen dieses Buches juristisch um. So führte Tunesien 1957 das Wahlrecht für Frauen ein, während es in Saudi-Arabien erst 2015 und nur auf kommunaler Ebene erlassen wurde (11).

Nach Masri führten zu Beginn des 20. Jahrhunderts die in vier Bereichen durchgeführten Reformen zur gleichzeitigen Entstehung der tunesischen Unabhängigkeitsbewegung. Dabei handelte es sich um: die Reform der Bildung, die Reform der Religion und ihr schwindender Einfluss in der Gesellschaft, die Frauenemanzipation und die aktive Rolle der Zivilgesellschaft (293). Diese Reformen, die, so Masri, in keinem anderen arabischen Land stattfanden, bedeuteten eine wichtige Investition in die Zukunft Tunesiens. Ihre ständige Weiterentwicklung führte schließlich zu Tunesiens Unabhängigkeit. Unter Bourguibas Nachfolger Ben Ali wurden diese Reformbemühungen freilich wieder eingeschränkt.

Masri behauptet, die Politik in Tunesien habe sich stets bemüht, einen eigenständigen Weg einzuschlagen. Vor diesem Hintergrund hätten die Tunesier*innen im Jahr 2011 nicht nur, wie in anderen arabischen Ländern, ihre Diktatoren gestürzt, sondern auch demokratische Reformen durchgesetzt und die Strukturen des Landes liberalisiert. Nach Ben Alis Flucht und der Wahl einer Verfassungsgebenden Versammlung wurde eine demokratische, säkulare und libertäre Verfassung verabschiedet, wie sie es, so Masri, in keinem anderen arabischen Land gebe. Die tunesische Zivilgesellschaft und die Frauenbewegung seien wichtige Faktoren sowohl für die Verwirklichung der Revolution als auch für die Übergangsphase seit 2011.

Nach Ansicht des Autors wird die reformistische Tradition, die er in seinem Buch beschreibt, seit der Revolution fortgesetzt. Masri erläutert, warum und wie die tunesische Revolution begann und warum es sich bei Tunesien um ein Ausnahmeland in der arabischen Welt handelt. Dabei stellt er die Merkmale und die Weiterentwicklung der tunesischen Gesellschaft sowie den historischen Prozess, der diese Dynamik einleitete, in den Mittelpunkt seiner Überlegungen. Vor diesem Hintergrund kommt er zu dem Ergebnis, Tunesien könne nicht als Vorbild für andere arabische Länder dienen, denn jedes Land habe seine eigenen Bedingungen; Tunesien stelle eben eine Anomalie in der arabischen Welt dar.

Tarkan Tek

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v40i1-2.17>

Jan Brunner, Anna Dobelmann, Sarah Kirst, Louisa Prause (Hg.): *Wörterbuch Land- und Rohstoffkonflikte*. Bielefeld: transcript 2019, 323 Seiten (<https://doi.org/10.14361/9783839444337>)

Seit Mitte der 2000er Jahre nehmen Konflikte um die Nutzung und Aneignung von Land und Rohstoffen weltweit zu. Je nach Kontext stehen sich dabei sehr unterschiedliche Akteur*innen mit verschiedensten Zielen, Forderungen und Handlungsweisen gegenüber. Die Ausweitung dieser Konflikte steht in Zusammenhang mit globalen Krisen, dem Rohstoffboom und damit einhergehenden, tiefgreifenden Veränderungen der Landnutzung. Das vorliegende Buch erklärt zentrale Begriffe der noch relativ jungen wissenschaftlichen, politischen und medialen Debatte. Die Autor*innen sind

in den Forschungsfeldern der Politischen Ökologie, der kritischen Geografie, den *Critical Agrarian Studies* und der ökologischen Wirtschaftsforschung tätig sowie vielfach auch in sozialen Bewegungen verwurzelt. Alle teilen eine kritische Perspektive auf aktuelle Prozesse und die Auswirkungen der Ausweitung des Kapitalismus in immer neue Sphären.

In der Einleitung führen die Herausgeber*innen in die Hintergründe der aktuellen, globalen Transformationsprozesse und ihre Besonderheiten ein und erläutern ihr Konfliktverständnis. Anschließend wird das Vokabular der Debatte in 44 alphabetisch sortierten Beiträgen von verschiedenen Autor*innen aufgearbeitet. Ein großer Teil der Beiträge befasst sich mit theoretischen Konzepten innerhalb der Debatte (u.a. Akkumulation durch Enteignung, Extraktivismus, *frontier*) sowie mit Formen der (Um-)Nutzung und Aneignung von Land und Rohstoffen (u.a. *green grabbing*, kleinbäuerliche und industrialisierte Landwirtschaft, REDD+). Weitere Beiträge widmen sich den vielfältigen Konfliktakteur*innen (u.a. Agrarbewegungen, lokale Gemeinschaft, traditionelle Autoritäten), Konflikttypen (Kämpfe gegen Ausbeutung, Kämpfe gegen Enteignung) sowie den Rahmenbedingungen im Kontext von Landzugang und -nutzung (Kontrolle, Landrechte, Landreformen). Ferner werden progressive Konzepte vorgestellt, die oftmals aus Protesten gegen Großprojekte entstanden sind (Agrarökologie, Ernährungssouveränität, sozial-ökologische Transformation).

Jeder Beitrag ordnet den jeweiligen Begriff sinnvoll in die Debatte ein, erklärt dessen Hintergründe, zeigt empirische Beispiele auf, ermöglicht einen Einstieg in den jeweiligen Diskurs um den Begriff und bietet Definitionsvorschläge. Die Autor*innen gehen sehr differenziert vor, grenzen verschiedene Begrifflichkeiten klar voneinander ab und zeigen deren Reichweite auf – beispielsweise wenn *Jörg Hahn* den ganzheitlichen Ansatz der „Agrarökologie“ (37-43) vorstellt, der als wissenschaftliche Disziplin, landwirtschaftliche Praxis und soziale und politische Bewegung weit über die Forderungen der ökologischen Landwirtschaft hinausgeht.

Während manche Beiträge eher deskriptiv bleiben, liefern einige Ansatzpunkte zur Verknüpfung wissenschaftlicher Debatte und politischer Praxis. Beispielsweise weist *Louisa Prause* im Beitrag zu „Kämpfe gegen Enteignung“ (174-179) darauf hin, dass dieses theoretische Konzept bislang wesentlich weniger genutzt wird als „Kämpfe gegen Ausbeutung“ (*Jan Brunner & Oliver Pye*, 167-173), obwohl darin wichtige Ansätze für die Frage nach Allianzen zwischen verschiedenen Kämpfen liegen.

Neben der Vielfalt der vorgestellten Konzepte ist es sehr bereichernd, dass auch weniger bekannte Begriffe und solche, zu denen es bisher nur wenig Forschung gibt, einen Platz erhalten haben. Ein Beispiel ist der Artikel zu „Pastoralismus“ von *Jill Philine Blau* (259-264). Er betont, dass die wenige Forschung dazu häufig von Stigmatisierungen dieser Lebensform durchzogen ist. Die Konstruktion des „Anderen“ hänge damit zusammen, dass „Pastoralismus als ländliche Lebensform der Wissenschaft in urbanen Zentren eher fernsteht“ (263).

Im Eintrag „Lokale Gemeinschaft“ (239-244) problematisieren *Sarah Kirst & Louisa Prause* die Konstruktion eines zentralen Akteurs in Land- und Ressourcenkonflikten. Sie kritisieren die Darstellung der lokalen Bevölkerung als eines homogenen Konfliktakteurs und betonen dessen Heterogenität sowie die Bedeutung von

vielfältigen Machtverhältnissen innerhalb von Gemeinschaften. Insgesamt werden in allen Beiträgen strukturelle Machtverhältnisse angesprochen, und *Kristina Großmanns* Artikel untersucht darüber hinaus die Dimension der „Genderverhältnisse“ (103-108). Andere Ungleichheitsverhältnisse, wie Rassismus, welcher im (kolonialen) Kontext von Land- und Ressourcennutzung wirkt und eng mit Kapitalismus verwoben ist, werden leider nicht eigenständig und ausführlich thematisiert.

Das Wörterbuch bietet als breit angelegtes Nachschlagewerk einen Überblick über das komplexe Vokabular und die Zusammenhänge der aktuellen politischen, aktivistischen und wissenschaftlichen Debatte. Querverweise zwischen den einzelnen Beiträgen helfen den Leser*innen dabei, sich sowohl im Buch als auch in der komplexen Debatte an sich zurechtzufinden. Mit der Vielfalt an Autor*innen werden die Herausgeber*innen ihrem Anspruch gerecht, eine breite Leser*innenschaft anzusprechen und dabei zugleich die Arbeit von Wissenschaft, Forschung, NGOs und sozialen Bewegungen miteinander zu verbinden.

Wie jedes Wörterbuch kann auch das vorliegende nicht alle möglichen Begrifflichkeiten, Definitionen, Perspektiven und historisch relevanten Debatten abbilden. Da der Großteil der Autor*innen deutschsprachig ist, verwundert es nicht, dass vor allem die deutsch- und englischsprachige Debatte dargestellt wird. Gerade deshalb wäre es wünschenswert gewesen, wenn die Herausgeber*innen den Auswahlprozess sowohl der Begriffe als auch der Autor*innen in der Einleitung transparent gemacht hätten. Eine solche Einordnung hätte dazu beitragen können, kritische Leser*innen zu einer weiteren Auseinandersetzung mit diesem Themenfeld, auch über die Ränder dieses Wörterbuchs hinaus, anzuregen. Gleichwohl ist das Buch wegen der Vielfalt der vorgestellten Begriffe und Konzepte sowohl als Einstiegslektüre wie auch als komplexe und Zusammenhänge aufzeigende Überblickslektüre für diejenigen, die sich schon länger mit Land- und Rohstoffkonflikten beschäftigen, sehr empfehlenswert.

Karin Hülsmann & Mirka Schäfer

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v40i1-2.18>

Sebastian Matthes: *Der Neo-Extraktivismus und die Bürgerrevolution. Rohstoffwirtschaft und soziale Ungleichheiten in Ecuador*. Wiesbaden: Springer VS 2019, 444 Seiten (<https://doi.org/10.1007/978-3-658-26554-0>)

In den letzten zwei Dekaden wurde in vielen Ländern Lateinamerikas eine Entwicklungspolitik erprobt, die – getrieben von hohen Weltmarktpreisen – auf gestiegenen Einnahmen aus dem Rohstoffexport und deren Umverteilung beruhte. Neu gewählte Mitte-Links-Regierungen zum Beispiel in Venezuela (1999), Argentinien (2003) und Bolivien (2005) proklamierten die Abkehr vom Neoliberalismus der 1990er Jahre und nährten die Hoffnung auf neue wirtschaftliche und soziale Impulse. Dieses oft als „Neo-Extraktivismus“ betitelte Entwicklungsmodell verfolgt das Ziel, wirtschaftliche Diversifizierung mit einer partizipativen und demokratischen Öffnung der Gesellschaften zu verbinden. Insbesondere vor dem Hintergrund extremer Ungleichheit und sozialen Bewegungen in der Region wird diskutiert, inwieweit strukturelle Abhängigkeiten von Rohstoffexporten reduziert und soziale Ungleichheiten abgebaut